

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wilh. Röhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge zu sind
gundlich an den betr. Bezirksvorständen einzusenden.
Alle Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die "Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfpg.; durch
die Post bezogen 90 Pfpg. Erprobung und Druck
vor Joh. van Uden in Krefeld, auch Krefeld 65.
Telefon 2222 Fernsprech-Nr. 1268.

Nr. 28.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 14. Juli 1906.

Fernsprech-Nummer 4428.

8. Jahrgang.

Die Wahlen der Delegierten für die Generalversammlung

finden am Sonntag, den 15. Juli cr. statt. Aus diesem Anlaß sei nochmals auf die folgenden Bestimmungen des Wahlreglements hingewiesen:

Bei den Wahlen müssen die Mitglieder ihr Quittungsbuch als Legitimation vorzeigen. Die Wahlkommission trägt den Namen derjenigen Mitglieder, welche ihre Stimme abgegeben haben, in eine Liste ein und macht außerdem auf der ersten Innenseite der betr. Mitgliedsbücher durch Stempel oder Tintenstift einen besonderen Vermerk. Auf diese Weise soll Doppelwahlausbeutung und sonstiger Missbrauch ausgeschlossen werden.

Jedes Mitglied kann für soviel Delegierte und soviel Erfähnner stimmen, als solche in dem betr. Wahlbezirk zu wählen sind (also entweder für 1 Delegierten und 1 Erfähnner, oder 2 Delegierte und 2 Erfähnner).

Falls auf dem Stimmzettel mehr Kandidaten verzeichnet sind, als Delegierte resp. Erfähnner gewählt werden können, müssen die Namen der übrigen Kandidaten, welche nicht gewählt werden sollen, durchstrichen werden, sodass auf jedem Stimmzettel nur die zulässige Anzahl Namen der Delegierten resp. Erfähnner stehen darf.

Stimmzettel, welche dieser Vorschrift nicht genügen, also Zweifel zulassen, sind ungültig. Die Wahlkommissionen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Wahl vollkommen geheim durchgeführt wird.

Sofort nach beendeter Wahl sind die Stimmen zu zählen und die Stimmzettel an den Vorständen des Wahlbezirks-Komitees einzutragen. Das Wahlkomitee muss dann baldmöglichst befußt Feststellung des Wahlergebnisses (Zählung der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen) zusammentreten. Das Wahlbezirks-Komitee soll ferner das Resultat der Wahl d. h. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und Zahl der auf die einzelnen Kandidaten gefallenen Stimmen angeben, spätestens jedoch bis 25. Juli der Zentralstelle in Düsseldorf mitteilen. Die abgegebenen Stimmzettel sind vom Wahlkomitee vorläufig aufzubewahren.

Für die Wahl der Delegierten ist absolute Stimmenmehrheit, d. h. mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirk abgegebenen Stimmen erforderlich. Wird dieses Resultat im ersten Wahlgange nicht erreicht, so findet am 5. August eine Stichwahl zwischen denjenigen zwei Kandidaten statt, welche vorher die meisten Stimmen erhalten haben. Für die Wahl der Erfähnner genügt einfache Stimmenmehrheit.

Wahlberechtigt sind sämtliche Verbandsmitglieder.

Anträge zur Generalversammlung (§ 22) müssen bis spätestens 29. Juli cr. beim Unterzeichneten eingegangen sein.

Die Namen der gewählten Delegierten und Erfähnner sowie die rechtzeitig eingegangenen Anträge werden später in der "Textilarbeiter-Zeitung" veröffentlicht.

Der Zentralvorstand.

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

"Für unsere Gegend nicht".

Mit Recht nennt man unsere Zeit das Zeitalter der Organisation. Alle Berufstände haben sich zusammen geschlossen, um ihre gemeinsamen Interessen durch gemeinsames Vorgehen wirksam vertreten zu können. Auch in der Arbeiterschaft bricht sich die Überzeugung von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses immer mehr Bahn. In die abgelegenen Gegenden dringt der Organisationsgedanke und rüttelt die Arbeiter auf aus ihrem langen Schlaf.

Naum aber machen sich in solchen Gegenden die ersten Regungen für das gewerkschaftliche Empfinden bei der Arbeiterschaft bemerkbar, so stellen sich auch in der Regel die "guten Ratgeber" und geistigen Männer der Arbeiter ein, um ihre guten Ratschläge und weisen Mahnungen den Arbeitern aufzudrängen. Arbeitgeber und "Arbeiterfreunde", Oberschändler und Bückermeister, Amann und Nachtwächter fühlen aus Anlaß der Einführung der Gewerkschaft oft höchst das Bedürfnis, ernachend oder warnend, unterweisend oder väterlich fürsorgend den Arbeiter auf das Verlehrte seines Beginns aufmerksam zu machen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Bautsch und Bogen als verwerlich zu bezeichnen, geht heute zwar nicht mehr gut an. Darum heißt es denn gewöhnlich: "Die Gewerkschaft mag ja für andere Gegenden wohl gut oder gar notwendig sein, aber hier herrscht doch noch so ein schönes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, hier brauchen wir keinen Verband." Wir wollen heute nicht näher darauf eingehen, doch ist oftmals hinter der Maske des wohlwollenden Ratgebers der argste Schelm verbreitet, der die Arbeiter in der größten Abhängigkeit und Unwissenheit möchte erhalten sehen, sondern nur die Frage prüfen: Kann die Notwendigkeit der Gewerkschaft für eine gewisse Gegend von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter dieser Gegend abhängig gemacht werden? Wer nur die elementarische Kenntnis von der Gewerkschaftsbewegung besitzt, muss diese Frage entschieden verneinen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Standesbewegung. Daraus geht doch schon klar hervor, dass dieselbe für den ganzen Arbeiterstand berechnet ist, dass sie alle Mitglieder des Arbeiterstandes umfassen will und muss. Was würde ein Arzt sagen, wenn er doch mit seinen Patienten im besten Einvernehmen lebe? Zweifellos würde er sich jede Einmischung in seine Angelegenheiten häblich verbitten, aber, wenn er ein besonders höflicher Mann wäre, würde er sagen: "Ja, gehörte meiner Standesverein ein und macht außerdem auf der ersten Innenseite der betr. Mitgliedsbücher durch Stempel oder Tintenstift einen besonderen Vermerk. Auf diese Weise soll Doppelwahlausbeutung und sonstiger Missbrauch ausgeschlossen werden.

Jedes Mitglied kann für soviel Delegierte und soviel Erfähnner stimmen, als solche in dem betr. Wahlbezirk zu wählen sind (also entweder für 1 Delegierten und 1 Erfähnner, oder 2 Delegierte und 2 Erfähnner).

Falls auf dem Stimmzettel mehr Kandidaten verzeichnet sind, als Delegierte resp. Erfähnner gewählt werden können, müssen die Namen der übrigen Kandidaten, welche nicht gewählt werden sollen, durchstrichen werden, sodass auf jedem Stimmzettel nur die zulässige Anzahl Namen der Delegierten resp. Erfähnner stehen darf.

Stimmzettel, welche dieser Vorschrift nicht genügen, also Zweifel zulassen, sind ungültig. Die Wahlkommissionen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Wahl vollkommen geheim durchgeführt wird. Sofort nach beendeter Wahl sind die Stimmen zu zählen und die Stimmzettel an den Vorständen des Wahlbezirks-Komitees einzutragen. Das Wahlkomitee muss dann baldmöglichst befußt Feststellung des Wahlergebnisses (Zählung der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen) zusammentreten. Das Wahlbezirks-Komitee soll ferner das Resultat der Wahl d. h. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und Zahl der auf die einzelnen Kandidaten gefallenen Stimmen angeben, spätestens jedoch bis 25. Juli der Zentralstelle in Düsseldorf mitteilen. Die abgegebenen Stimmzettel sind vom Wahlkomitee vorläufig aufzubewahren.

Für die Wahl der Delegierten ist absolute Stimmenmehrheit, d. h. mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirk abgegebenen Stimmen erforderlich. Wird dieses Resultat im ersten Wahlgange nicht erreicht, so findet am 5. August eine Stichwahl zwischen denjenigen zwei Kandidaten statt, welche vorher die meisten Stimmen erhalten haben. Für die Wahl der Erfähnner genügt einfache Stimmenmehrheit.

Wahlberechtigt sind sämtliche Verbandsmitglieder.

Anträge zur Generalversammlung (§ 22) müssen bis spätestens 29. Juli cr. beim Unterzeichneten eingegangen sein.

Die Namen der gewählten Delegierten und Erfähnner sowie die rechtzeitig eingegangenen Anträge werden später in der "Textilarbeiter-Zeitung" veröffentlicht.

Der Zentralvorstand.

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Pläne des christlichen Gewerkschaftlers.

In der Nr. 11 unseres Organs haben wir in einem "Pflichten" überzeichneten Artikel unsere Mitglieder darauf hingewiesen, dass ein christlicher Gewerkschaftler nicht nur in der Verteidigung seiner Rechte, sondern auch in der Erfüllung seiner Berufs- und Standespflichten sich als organisierter Arbeiter zeige muss. Gerade in der heutigen Zeit, wo die christlichen Gewerkschaften von allen Seiten bekämpft und verachtigt werden, müssen die Mitglieder durch eine korrekte Verhalten dokumentieren, dass sie ihre Rechte entschieden zu verteidigen, aber auch ihre Pflichten als Arbeiter gewissenhaft zu erfüllen gewillt sind.

Befonders muss die gewerkschaftliche Erziehung auch in den Umgangsformen zum Ausdruck kommen. In der "Baugewerkschaft", dem Organ der christlichen Bauarbeiter, richtet ein Verbandskollege ebenfalls diesbezügliche Mahnungen an seine organisierten Kollegen. Derselbe schreibt u. a.:

"Wir wollen uns einmal ansehen, was ein christlicher Gewerkschaftler zu tun hat. Die meisten Menschen sind geneigt, nur an Rechte, die sie zu haben vermeinen, zu denken; von Pflichten will man wenig oder gar nichts wissen. Über das ist grundsätzlich. Ohne Pflichten keine Rechte; ja, Pflichten gehen vor Rechten; man kann hier wohl auch sagen, erst die Arbeit, dann das Vergnügen. Das wie als christliche, national gesinnte Arbeiter den freien, weil sozialdemokratischen, Gewerkschaften nicht angehören können, haben wir eingesehen; denn diese vertreten nicht unsere, der Arbeiter Interessen, sondern die sozialdemokratischen Partei. Was uns als Christen heilig ist, wird dort verhöhnt und mit Füßen getreten. Sollen wir das ruhig hinnehmen und uns gefallen lassen und den Kampf allein unserer Führern überlassen? Nein! Die Zeit der Gleichgültigkeit ist vorüber. Wollen wir unserer Sache zum Siege verhelfen, müssen wir auch mitarbeiten und kämpfen. Es wird zwar ohne Wunden nicht abgehen; aber zwischen Soldaten hätte das schon abgehalten, in den Kampf zu ziehen? Würden wir einen solchen nicht einen erbärmlichen Feind nennen? Es wird manchen harten Strauß auszufechten geben in Werkstatt und auf dem Bau, in Versammlungen und im öffentlichen Leben, besonders wo wir in der Minderheit sind oder einzelne mit unseren toten Brüdern zu tun haben. Aber das darf uns erst recht nicht abhalten, unsere Meinung und Grundsätze zu verteidigen. Je mehr Feinde, je mehr Ehre. Mancher wird dabei Schaden erleiden an Gut und Blut, an Leben und Gesundheit; aber das bringt der Kampf mit sich und darf uns nicht entmutigen. Sehen wir uns zur Wehr, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln und soweit es uns als Christen geziert; nicht mit solchen Waffen, wie sie unsere Sache nur schaden. Wir müssen unsere Gegner überzeugen durch Wort und Tat, das wir nicht fürchten, sondern mit allen erlaubten Mitteln sie davon zu überzeugen suchen, dass unsere Sache gut und recht und besser wie die ihrerseits ist. Wie viel Laufheit und Fleißgültigkeit herrscht da noch in unseren Reihen. Lernen wir doch von unseren Gegnern. Nehmen die etwa ein Blatt vor den Mund? Suchen sie nicht auf jede Art und Weise ihre Meinung anderen aufzudrängen? Ich habe schon gesagt, wir wollen nicht dieselben Waffen gebrauchen, wie sie. Mit Gewalt wollen wir unsere Meinung niemanden aufzudrängen. Aber zu dem Spott über den Gewalttat der Gegner schweigen, liege Verrat über an der guten gerechten Sache. Ein Christ braucht sich wahrlich nicht zu schämen, seine christliche Glaubung auch Feinden gegenüber zu zeigen und von seinen Ansichten zu reden. Das ist sogar meine heilige Pflicht. Der Heiland sagt: "Wer mich verleugnet vor den Menschen, den will ich auch verleugnen", und dann wird es heißen am großen Gerichtstage: "Ich kenne euch nicht". Das wollen wir als Christen immer vor Augen haben und danach unsere Pflicht auch als christliche Gewerkschaftler tun.

Wir haben als christliche Gewerkschaftler aber auch noch andere Pflichten. So dem Arbeitgeber gegenüber. Hier schaue ich voraus, dass ich entschieden jede Liebedienerei und Schmeichelei dem Arbeitgeber gegenüber verurteile und für solche Elemente nur Verachtung habe. Seine Sache und seine Rechte muss jeder mannhaft vertreten. Aber das darf uns nicht abhalten, dem Arbeitgeber die Achtung entgegenzubringen, die ihm seiner Stellung genügt zu kommt. Seiner Arbeit hat nur die Verantwortung zu tragen für die Arbeit, die ihm zugewiesen ist, der Arbeitgeber aber für das Ganze. Wenn ein Bau oder sonst welche andere Arbeit nicht ordnungsmäßig ausgeführt ist, hält sich der Auftraggeber oder die Aufsichtsbehörde immer an den Unternehmer und nicht an den einzelnen Arbeiter. Der Arbeiter sieht nur seine Arbeitskraft ein für den Verdienst, den er erzielen will, der Arbeitgeber aber außerdem noch sein Kapital, dass Kopfarbeit keine Arbeit ist, wird wohl niemand behaupten wollen. Da muss meines Erachtens, wo mehr Verantwortung und mehr Risiko ist, auch mehr Recht sein. Aber wenn wir ehrlich sind, wird von Seiten der Arbeiter gefehlt. Glücklicherweise sind es immer nur Ausnahmen, und je mehr die Gewerkschaften erfordern, je vereinzelter werden solche Fälle. Oft wird eine Notlage des Unternehmers ausgenutzt: z. B. bei Mangel an Arbeitskräften, oder eine Arbeit muss zu einer bestimmten Zeit fertig werden. Da darf der Arbeitgeber oder sein Vertreter, der Baurührer oder Polizist kein Wort sagen, sonst wird ihm der Staub über die Tür

gesetzt. Wie oft kommt es vor, dass, wenn die Gust rein ist, wie man sagt, die Leute gruppenweise zusammenstehen und Arbeit Arbeit sein lassen, oder die Arbeit wird nur mangelslust und nicht nach Vorschrift ausgeführt. Schreiber dieses ist es mehr wie einmal passiert, dass er sah, wie der Meister Leute hat entlassen müssen, die trotz älteren Ermahnen mit Voratz und bösem Willen die Arbeit so schlecht ausführten, dass sie wieder abgebrochen werden musste. Es gibt auch immer noch Leute, und wird es auch wohl geben, solange die Welt noch steht, die glauben, wenn es nur Feierabend ist, dann ist es gut, ob viel oder wenig Arbeit geleistet ist. Dürfen wir uns dann wundern, wenn in solchen Fällen der Arbeitgeber ausgebrüht ist und den Betreffenden gerade keine Schmeichelei sagt? Oder wo er gezwungen ist, sich solches aus verschiedenen Gründen gelallen lassen zu müssen, dass er dann bei der ersten besten Gelegenheit, die sich ihm bietet, nachholt? Das wäre nun ja für solche Elemente nicht so schlimm, und sie verdienen es auch; aber diese machen sich nicht viel daran, sie haben ein dodes Fell. Das Schlimme dabei ist, dass auch gute, tüchtige Arbeiter darunter leiden müssen, denn, wenn in einer Fabrik ein oder einige solcher Kunden sind, muss das Ganze darunter leiden. Davor ist es Pflicht eines jeden christlichen Gewerkschaftlers, dass jeder auch in dieser Hinsicht seine Schuldigkeit tut, damit niemand sagen kann, die Christlichen sind auch nicht besser wie die anderen. Und wenn sich Kollegen unter uns finden, die es mit ihrer Pflicht dem Arbeitgeber gegenüber nicht so genau nehmen, die wollen wir ermahnen und überzeugen, dass sie unrecht tun. Das ist unsere Pflicht und sind wir uns selbst schuldig, wollen wir nicht mit Schaden leiden. Denn nur, wenn wir unsere Pflichten dem Arbeitgeber gegenüber erfüllen, können wir auch mit gutem Gewissen unsere Rechte vertreten."

"Eine Probe aufs Ereignis."

Im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften hat sich die politische Sozialdemokratie stets als eine treue Bundesgenossin der "freien" Gewerkschaften erwiesen. So man kann wohl sagen, dass die Parteipresse im Aufstellen von Verdächtigungen gegen die "Christlichen" den Gewerkschaftsblättern noch bedeutend über ist. Schon das Bestreben der christlichen Gewerkschaften ist Verrat an der Arbeiterchaft, schrieb fürschriflich die "Dortmunder Arbeiterzeitung". Den christlichen Gewerkschaften wird von diesen Leuten der Vorwurf gemacht, dass sie durch ihre "Sondergründungen" die Einigkeit der Arbeiter dem Unternehmern gegenüber geopfert haben. Der eigentliche Grund für den Hass der Sozialdemokratie gegenüber den Christlichen liegt aber ganz wo anders. Die christlichen Gewerkschaften lehnen es ab, einer politischen Partei Händler zu sein, sie sind parteipolitisch neutral, dies hat ihnen den Hass der "einzigen Arbeiterpartei" eingebracht. Die Sozialdemokratie will eine Gewerkschaftsbewegung nur soweit dulden, als diese sich geduldig in ihr Parteioch spannen lässt. Die Einigkeit der Arbeiterchaft spielt bei ihr durchaus keine Rolle. Innerhalb der "klassenbewussten" Arbeiterschaft ist doch Sonderbündelei und Berücksichtigung genug vorhanden, aber es fällt den Parteigrößen gar nicht ein, hiergegen Front zu machen. Im Gegenteil! Mit den Berliner Sozialisten sind die Parteigrößen ein Herz und eine Seele. Viele Parteiführer haben in diesem Jahre bei den Lokalorganisationen die Maßestredreie gehalten. Diese haben sich aber auch noch mehr der Partei verschrieben als die "freien" Zentralverbände, und danach bemüht eben die Partei ihre Stellungnahme gegenüber den Gewerkschaften. Das zeigt sich in recht deutlich bei der Gründung des neuen Metallarbeiterverbundes. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei hat bisher kein Wort des Labels dafür gefunden, dass ein Teil der Mitglieder des "freien" Metallarbeiterverbundes diesem der Rücken kehrt und eine Sonderorganisation gründet. Das Organ des Metallarbeiterverbundes erhebt darüber (in Nr. 24) folgende Klage:

"Auffallend ist, dass der "Vorwärts" noch kein Wort der Kritik dazu über sich gewinnen konnte. Die neue Redaktion ist doch auch zu dem Zwecke eingezogen, zu allen neu auftauchenden Fragen und Erscheinungen in der Arbeiterbewegung sofort Stellung zu nehmen. Da das bis jetzt unterlassen wurde, hält es vielleicht blos des Hinweises auf die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage zu Halle und Jena, wo die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Gewerkschaftsbewegung ganz unzweideutig festgelegt wurde. Was sagen diese Beschlüsse? Bejurworten sie die Berücksichtigung, die Bildung "neuer" Verbände für Berufe, für die schon eine Organisation besteht? Das Gegenteil! Sie sagen sie, dass der "Vorwärts" steht, wie in seinem nächsten Bericht voraus, dass die "freien" Zentralverbände, und danach bemüht eben die Partei ihre Stellungnahme gegenüber den Gewerkschaften. Das zeigt sich in recht deutlich bei der Gründung des neuen Metallarbeiterverbundes. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei hat bisher kein Wort des Labels dafür gefunden, dass ein Teil der Mitglieder des "freien" Metallarbeiterverbundes diesem der Rücken kehrt und eine Sonderorganisation gründet. Das Organ des Metallarbeiterverbundes erhebt darüber (in Nr. 24) folgende Klage:

"Auffallend ist, dass der "Vorwärts" noch kein Wort der Kritik dazu über sich gewinnen konnte. Die neue Redaktion ist doch auch zu dem Zwecke eingezogen, zu allen neu auftauchenden Fragen und Erscheinungen in der Arbeiterbewegung sofort Stellung zu nehmen. Da das bis jetzt unterlassen wurde, hält es vielleicht blos des Hinweises auf die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage zu Halle und Jena, wo die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Gewerkschaftsbewegung ganz unzweideutig festgelegt wurde. Was sagen diese Beschlüsse? Bejurworten sie die Berücksichtigung, die Bildung "neuer" Verbände für Berufe, für die schon eine Organisation besteht? Das Gegenteil! Sie sagen sie, dass der "Vorwärts" steht, wie in seinem nächsten Bericht voraus, dass die "freien" Zentralverbände, und danach bemüht eben die Partei ihre Stellungnahme gegenüber den Gewerkschaften. Das zeigt sich in recht deutlich bei der Gründung des neuen Metallarbeiterverbundes. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei hat bisher kein Wort des Labels dafür gefunden, dass ein Teil der Mitglieder des "freien" Metallarbeiterverbundes diesem der Rücken kehrt und eine Sonderorganisation gründet. Das Organ des Metallarbeiterverbundes erhebt darüber (in Nr. 24) folgende Klage:

"Die Gewerkschaftsbewegung in Bautsch und Bogen als verwerlich zu bezeichnen, geht heute zwar nicht mehr gut an. Darum heißt es denn gewöhnlich: "Die Gewerkschaft mag ja für andere Gegenden wohl gut oder gar notwendig sein, aber hier herrscht doch noch so ein schönes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, hier brauchen wir keinen Verband." Wir wollen heute nicht näher darauf eingehen, doch ist oftmals hinter der Maske des wohlwollenden Ratgebers der argste Schelm verbreitet, der die Arbeiter in der größten Abhängigkeit und Unwissenheit möchte erhalten sehen, sondern nur die Frage prüfen: Kann die Notwendigkeit der Gewerkschaft für eine gewisse Gegend von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter dieser Gegend abhängig gemacht werden? Wer nur die elementarische Kenntnis von der Gewerkschaftsbewegung besitzt, muss diese Frage entschieden verneinen."

Untergericht München I schmückte rote Wäsche vor der großen Öffentlichkeit gewachsen worden. Der sozialdemokratische Dr. Stabenow und der Verwaltung Göttfried sind wegen einer fortgesetzten Beleidigung zu je 100 Mark Geldstrafe und Trägung der enormen Kosten verurteilt worden. Die Handlungen selbst jedoch haben ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in einer sozialdemokratischen „Wüsteverwaltung“ geworfen.

Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß die roten Vorstandsmitglieder, soweit sie eben Geschäftsführer sind, auch als Repräsentanten der Firma sind. Der Vertrag der sozialdemokratischen „Münch. Post“ hat das Monopol für Druckanträge. Ein Parteischreinmeister hatte für gelieferte Mäuse auf der betreffenden Rechnung sich um 400 M. zu seinem Schaden verrechnet, und doch waren die Möbel nach dem Gutachten eines Sachverständigen noch um 800 M. zu teuer. Sechs gefälschte Spiegel waren nach dem Gutachten verschiedener Zeugen um die Hälfte zu teuer. Die Frau des Verwalters Göttfried hatte früher die Leitung der Anstaltsfürsorge, war aber ihres Postens entthoben worden, das Gehalt aber hatte sie bis dato weiterbezogen, obwohl sie keinen Finger mehr für die Firma gerichtet hat. Voll Haß und Entzitterung standen sich die Anhänger der „weltverbessernden“ Partei der „Brüderlichkeit“ hier gegenüber. Besonders wohltuend wirkten inmitten dieses roten Sumpfes das Auftreten und die Aussagen einer solistischen Ordensfrau aus einer anderen Heilanstalt. Nach ihrer Aussage konnte einer der Männer und überzeugter Sozialdemokrat nicht unheimlich zu konstatieren, daß die unter Leitung der Ordensschwestern stehende Anstalt Schönbrück stets ein vorbildliches Vorbild in jeder Beziehung gewesen und auch heute noch sei. Das sagte dieselbe Sozialdemokrat, der das von einem Sozialdemokraten, also einem eigenen Parteifreund, verwaltete Sanatorium Rüthikon einen „Saumfall“ genannt und sich dieserhalb seitens des heiteren Göttfried eine Widerlage zugesogen hatte, ihr den „Saumfall“ aber den Wahrheitsbeweis antreten wollte. Welche „Bildung“ in der Partei der „Brüderlichkeit“ herrscht, wurde durch die Bezeichnung ebenfalls wieder bekannt. Bezeugendlich wurde angezeigt, daß Ausdrücke wie „Trotzener Hanswurst“, „verbesserter Adel“, „seigfressende Wildsonnen“ usw. den Mitgliedern wird das Geld aus den Taschen geplündert, in der Ortskrankenkasse sei die reine Bittern- und Basenwirtschaft, Buchthans mit dem Kernel gestreift“ ununter den Beamten und Angestellten der Ortskrankenkasse gebraucht wurden. Von „Saumfall“ ausnahmsweise fortwährend die Rede, ob er aber durch den Prozeß wirklich ausgemischt ist, darüber herrscht selbst bei den Sozis in Capua keine ganz zuverlässliche Kenntnis. Die angeklagten „Genossen“ Studen-voll und Göttfried sind bestraft worden, aber moralisch ist auch der ganze Parteikreis in München gerichtet, abgefeuert davon, daß eine Anzahl roter Pünktlinge besonders schwer unter die Nüsse geraten sind. Dieser Blick in den Kulturstaat wird wieder manchem gedauertenlosen Mittäufser die Augen öffnen. Denn an ihren Freuden wird man sie erkennen.

Angenichts der Missstände in der Münchener Ortsgruppe verlangen die christlichen Arbeiter mit Recht die Einführung der Verhältniswahl bei den Vertreterwahlen, was bisher von der Aufforderungsbehörde aus unerklärlichen Gründen abgelehnt wurde, wodurch die sozialdemokratische Alleinherrschaft mit ihren wenig erbaulichen Folgen möglich gemacht wurde. Da die Münchener Zustände aber bekanntlich nicht vereinzelt darstehen, sondern auch anderwärts die sozialdemokratischen Verwaltungen schon viel Unrecht angereicht haben, dürfte die Einführung der Verhältniswahl von Gesetzes wegen für den ganzen Bereich unserer Arbeiterversicherung eine bedeutende Notwendigkeit sein.

Zum Textilarbeiterstreik in Forst i. L.
Es war keinse, wie in Aachen — jedenfalls hat die Firma Feindl und Cie. neuen Stoff bekommen, um über „Arbeiterverrat des christlichen“ — nein, pardon: des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes“ Betrachtungen anstellen zu können. Den Aachener Genossen ist dringend zu empfehlen, sich u. a. die in der Woche vom 1. bis 7. Juli er erschienenen Nummern der sozialdemokratischen „Märkischen Volksstimme“ aus Forst i. L. kommen zu lassen, die enthalten Material. Wollen noch daran zurück.

Wenn die Christlichen gegenwärtig in der Laufzeit derselben Rolle spielen wollten, wie weitaus die „Genossen“ in Aachen, so könnte man dort was erleben. Aber die „Wilden sind doch bestreute Menschen!“ Dies zeigt u. a. die Tatsache, daß unsere Verbandsvertreter sich herbeigelaufen haben, folgenden gemeinsamen Bericht mit herauszugeben:

„Unsere Einführung einer neuen Arbeitsordnung in den Forster Textilbetrieben legten am Montag, den 2. Juli ca. 7000 Personen die Arbeit nieder. Die neue Arbeitsordnung enthält einige Bestimmungen, wie Einführung der Stückabfertigung für die Weber, Vorlegung eines Arbeitsnachweisscheines — welche eine Verschärfung für die Arbeiter bedeuten. Bisher bestand für die Weber keine Kündigung.“

Die neue Arbeitsordnung enthält aber auch Bestimmungen, welche für die Arbeiter günstiger sind. Dies trifft besonders auf die Strafbestimmungen zu. Nach der alten Arbeitsordnung konnten Strafen festgesetzt werden für fehlerhafte Werken, ohne den Arbeitern ein Wissensbestimmungsrecht darüber zu ermöglichen. Nach der neuen Arbeitsordnung muß der Arbeiter die Fehler anerkennen und seine Zustimmung zum Abzug geben.

Nach der alten Arbeitsordnung kanteten bei Kontraktbruch (die Spinnerrarbeiter hatten 14-tägige Kündigung) Strafen in Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes verlangt werden; nach der neuen Arbeitsordnung jedoch nur bis zur Höhe eines Viertels des durchschnittlichen Wochenlohnes. Die Arbeiter erblieben jedoch in der neuen Arbeitsordnung eine Verschärfung gegenüber den vorherigen Arbeitsbestimmungen, verneigerten die Annahme der neuen Arbeitsordnung, und es kam zum Streit.

Einer von den Arbeitern gewählten Kommission gelang es, mit dem Vorstand des Unternehmerverbandes Verhandlungen anzubauen. (Die Vertreter der Organisationen wurden jedoch von den Unternehmern zu den Verhandlungen nicht zugelassen.) Die Ergebnisse der Verhandlungen sind im nachstehendem Protokoll niedergelegt worden:

Forst i. L., 4. Juli 1906.

Anwesend sind im Komptor der Firma W. Thomas die Herren: Paul Stübner, G. M. Schulz, Franz

Wellis, Kommerzienrat Klemm, August Müller, Weber bei der Firma Gustav Wellis, Richard Schlaflie, Petterscheerer bei der Firma Emil Sonnen, Adolf Frost, Petterscheerer bei der Firma Eis. Bad. Wolfshausen, Otto Meyer, Weber bei der Firma Carl Gustav Elze, Richard Noack, Weber bei der Firma Paul Hammer, Paul Tillack, Weber bei der Firma Hugo Bürkner, Robert Negerle, Weber bei der Firma Carl Gustav Elze.

Zu Punkt eins: „Schadenerlassansprüche.“ Die Arbeiter machen darauf aufmerksam, daß nach Paragraph 7 Absatz 1 der neuen Arbeitsordnung zu der Schadenerlasspflicht unbedingt ein Verhältnis auf seitens des Arbeiters gehört. Wenn das Verhältnis und damit die Schadenerlasspflicht seitens des Arbeiters nicht anerkannt wird, kann der Schaden nicht vom Lohn gekürzt werden, sondern der Klageweg muss verfolgt werden, wenn der Arbeitgeber auf den Schadenerlass nicht verzichtet.

Zu Punkt zwei: „Lohnverwirkung.“ Es wird konstatiert, daß in der neuen Arbeitsordnung bezüglich der Lohnverwirkung eine Verbesserung gegenüber der alten, und zwar zugunsten der Arbeiter enthalten ist.

Zu Punkt drei: „Stückabfertigung.“ Die Kündigung der Weber ist dahin zu verstehen, daß dieselben nach Vollendung eines Stückes die Arbeit verlassen können. Die anwesenden Arbeitgeber werden ihren Kollegen empfehlen, bei Meinungsverschiedenheiten über die Höhe von eventl. Entschädigungen an die Arbeiter, welche durch den Meister nicht geschützt werden können, die Arbeiter selbst zu hören.

Zu Punkt vier: „Waschen und Ankleiden.“ Paragraph 6 Absatz 2 der neuen Arbeitsordnung ist wie folgt zu verstehen: Die Arbeitgeber wollen und werden den Arbeitern auch in Zukunft in der bisherigen Art und Weise innerhalb der letzten zehn Minuten vor Arbeitschluss Gelegenheit zum Waschen und Ankleiden geben.

Die anwesenden Vertreter der Arbeiter erklären sich mit den ihnen seitens der Arbeitgeber gewordenen Auslegung der vorstehenden vier Punkte einverstanden. gez. M. Klemm, Stübner, Franz Aulitz, G. M. Schulz, August Müller, Richard Schlaflie, Adolf Frost, Otto Meyer, Richard Noack, Paul Tillack, Robert Negerle.

Die Vertreter der Organisationen: Verband deutscher Textilarbeiter, Gewerbeverein Hirsch-Dünker, Christlicher Textilarbeiterverband, kommen nach Aufnahme dieses Protokolls eine Verschärfung gegenüber den vorherigen Arbeitsbedingungen, welche einen Streit von 10.000 Personen rechtfertigen könnte, nicht mehr finden.

Da auch der Kampf ohne jede Zustimmung irgend eines Verbandes begann, — die Arbeiter waren wegen Verneigerung der Anerkennung der neuen Arbeitsordnung zum Teil aus den Betrieben gewiesen worden, — so hielten es sämtliche Vertreter der Organisationen für ihre Pflicht, in den sechs Versammlungen, welche am Mittwoch, den 4. Juli stattfinden, den Arbeitern dringend anzuzeigen, die Arbeit Donnerstag, den 5. Juli wieder aufzunehmen.

Alle drei in Frage kommenden Organisationen haben in diesem Falle in vollständiger Vereinstimmung gehandelt.

Deutscher Textilarbeiterverband.

Gewerbeverein Hirsch-Dünker.

Christlicher Textilarbeiterverband.

Doch unser Verband, besonders nach dem pöbelhaften Vorgehen der Gegner in Aachen, Beratung genug gehabt hätte, andere Seiten aufzuzeigen, geht schon genügend aus den folgenden Zeilen hervor, die uns aus der Lausitz zugingen:

„Die Einstellung der Arbeit erfolgte nicht nur, um die neue Arbeitsordnung zu fördern, sondern man wollte zu gleicher Zeit endlich die seit Jahresfrist gestellten Forderungen — Zehnfundenstag und 20% Lohnerhöhung — verwirklichen. Die Stimmlösung und Geschlossenheit der Arbeiterschaft war vorzüglich und geeignet, einen Erfolg zu erringen.“

Bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern erklärten diese, die Besprechung nur dann zu eröffnen, wenn die Arbeiterversetzer erklärt hätten, daß die Unterhaltung sich nur auf einige Punkte der Arbeitsordnung erstrecken soll.

So nahm die Kommission von den Hauptforderungen Abstand, weil der deutsche Verband sowohl wie der G.-D. Gewerbeverein ihren Mitgliedern jede Unterstützung verweigerten und erklärten, es handle sich nur um die Arbeitsordnung, auch wäre der Streit nicht geachtigt; wenn die Arbeiter die Anerkennung der Arbeit verweigerten, so müßten sie die Verantwortung selbst tragen. Die beiden Verbände ließen also ihre Mitglieder vollständig im Stich.

Unser Verband wurde erst nachträglich zu den Beratungen der beiden anderen Verbände hinzugezogen. Bereits am Dienstag Abend fand für unsere Mitglieder eine Versammlung im Schützenhaus statt. Bezirksvorsitzender Künneke referierte über die gegenwärtige Lage. Unter voller Zustimmung der Anwesenden führte er aus, daß man an den Hauptforderungen festhalten müsse, die Arbeitsordnung sei nebenständlich. Wie würden mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch handeln. Unser Verband trete voll und ganz für seine Mitglieder ein. In der Diskussion bezeichnete Sekretär Klawon vom G.-D. Gewerbeverein den Zehnfundenstag und die Lohnerhöhung als „neue Forderungen“! Auch wollte er gegen den Referenten polemisierten. Die Versammlung entzog ihm jedoch bald das Wort und war sehr entrüstet über sein arbeiterfeindliches Gebahren.

Am Mittwoch früh wurde mit den Arbeitgebern verhandelt. Mittags fanden die Versammlungen der Arbeiter statt. Den fünf entscheidenden Versammlungen der beiden anderen Verbände, welche um 5 Uhr erbernt waren, ging um 3 Uhr eine Versammlung der Fabrikausschäfle voran. In den fünf großen Versammlungen referierten Hübsch, Rößel und Klappe vom „deutschen“ Verband sowie Elsel und Klappe vom Gewerbeverein G.-D. Die gesamte Arbeiterschaft war aber mit dem zwischen den Arbeitgebern und der Sieherkommission der Arbeiter festgelegten Protokoll durchaus nicht einverstanden. Man wollte durchaus um die Hauptforderungen weiter streiken. Auf die Erklärung der Vertreter der beiden Verbände, daß sie ihre Mitglieder nicht unterstützen würden, erfolgte große Entrüstung. Die Versammlungen verließen stürmisch und resultlos; eine wurde sogar aufgelöst. Die Arbeiter erklärten, ohne Verband

weiter streiken zu wollen, auch würde man keiner Salatkartoffeln essen, als zur Arbeit gehen.

Unsere Versammlung fand nach 4 Uhr im Schützenhaus statt. Kollege Negerle gab einen sachlichen Bericht über die stattgehabten Verhandlungen und Beratungen. Im Gegenzug zu den anderen Versammlungen verließ unsre Versammlung sehr ruhig, trotzdem 14 Redner in der Diskussion sprachen. Allgemein ging die Meinung dahin, an den Hauptforderungen festzuhalten. Kollege Künneke führte aus, wenn die beiden anderen Verbände die Arbeit aufnehmen, wir natürlich die Forderungen auch nicht allein durchdrücken könnten, da wir bez. der Mitgliederzahl in der Minderheit seien. (Deutscher Verband 3000 Mitgli., G.-D. Gewerbeverein über 1000 Mitgli., Gewerbeverein 500 Mitgli.) Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die im Schützenhaus tagende Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von den Berichten der Kommissionmitglieder und erklärt, mit der Gesamtarbeiterchaft gemeinsam vorgehen zu wollen.“

Zum Schluß wurde aufgefordert, noch mehr wie bisher unseren Verband zu stärken.

In einer früheren Versammlung hatten gegenwärtige Redner angezeigt, ob man sie auch auf die Christlichen verlassen könne, wenn es in Forst zum Kampf käme, die Christlichen hätten ja doch kein Gelb ic. (Scheinfalls mehr als die „Genseßen“). Die Red. Kollege Künneke hatte damals schon erwidert, daß wir halten, was wir versprechen, wenn man sich so auf die anderen Verbände verlassen könne wie auf uns, so werde es um die Sache der Arbeiter gut bestellt sein. Das hat sich jetzt wieder in vollem Umfang verwirklicht. Die Vertreter der anderen Verbände verstanden es ausgezeichnet, die „verbesserte“ Arbeitsordnung den Arbeitern schriftlich vorzutragen und sie darauf zu vertrösten, daß ihre anderen Wünsche „später“ durchgeführt werden sollen.

Die anderen Versammlungen verließen wie schon gesagt vollständig resultatlos. Durch Platze wurde nun zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert. Am Donnerstag Vormittag hielten nun die Arbeiter der einzelnen Betriebe Fabrikbesprechungen ab und verhandelten die Fabrikabschaffung mit ihren Chefs. Das Resultat war, daß einige weitere Zugeständnisse da und dort gemacht wurden bezügl. der Vergütung von Arbeiten u. s. In vielen Betrieben wurde darauf die Arbeit wieder mittags aufgenommen: andere Betriebe sind inzwischen gezwungen.

Einig und geschlossen haben die Arbeiter die Betriebe verlassen. Alle Arbeiter waren bereit, die größten Opfer zu bringen, um endlich ihre Forderungen durchzubringen. Von seiner Seite wurde beim „deutschen“ Verband und dem G.-D. Gewerbeverein Opposition gemacht. Trotz dieser günstigen Umstände ver sagten beide Verbände vollständig. Man verweigerte allen Mitgliedern einfach die Unterstützung und zwang die Arbeiter gegen ihren Willen wieder zur Aufnahme der Arbeit. Nach der Definition des bekannten Aachener Genossen ist das schändlicher Arbeiterverrat“. Nicht wahr Herr Deinhardt?

Die Arbeiterschaft von Forst wird aber hoffentlich aus diesen Vorgängen die notwendigen Lehren ziehen, damit in der Folge „ihre Interessen besser gewahrt werden.“ Nächstens mehr!

Lohnbewegungen und Arbeitszeitregelungen.

Blaichach.

Am 30. Juni wurde von Seiten der Direktion der Alsgauer Baumwollspinnerei und Weberei Blaichach unserem Vorsitzenden und dessen Frau, sowie noch einem Vorstandmitgliede und dessen Frau gekündigt. Vom deutschen Textilarbeiterverband wurde ebenfalls 5 Mitgliedern, darunter dem Vorsitzenden und Kassierer, gekündigt. Die Ursache dieser Kündigung kann nur darin gelegen haben, daß sie die Arbeitgeber zu verlassen. Die Arbeitnehmer sind auf die Gunst des Herrn Bartmann angewiesen. Was der nicht willigt, darf nicht gehorchen! Ein leuchtendes Beispiel hierfür sind frühere läufige Kräfte u. a.: Felch, Sämering. Er, wie sagte doch Herr Sämering: „In der Spinnerei bin ich Herr.“ Geranter dachte nicht, daß einem Arbeiter Unrecht getan. Leider verließen aber beide nur zu früh wieder den Betrieb. Die Arbeiter bedauern dies noch heute, denn damals konnte von schlechtem Futter gar nicht die Rede sein. Auch die Behandlung war eine andere. Um Lebzeiten können wir den Angestellten der Firma Schilgen nur den dringenden Rat geben, bevor aufs pünktliche die „ministeriellen Erlasse“, dann wird es euch möglich sein, nach fünfzehnjähriger ununterbrochener treuer Dienstzeit ein Gelehrte in Form einer neuen Uhr zu erhalten. Wenn nun aber genannter Herr absolut meint, sein vermeintliches Recht in dieser oder jener Form suchen zu müssen, dann wünschen wir nur, daß er selbst keinen Schaden leidet.

Viersen.

Da die Firma Höfers ihren Arbeitern eine 15% Lohnreduktion anbot, die Arbeiter sich damit jedoch nicht einverstanden erklärt, eine Einigung seitens unseres Bezirksvorstandes nicht herbeigeführt werden konnte, beschlossen sämtliche organisierten Arbeiter, die Fabrik zu verlassen. Da über die Firma die Sperrre verhängt wurde, bitten wir alle organisierten Arbeiter, den Betrieb zu meiden.

Aus dem Verbandsgebiete.

Borkum. Sonntag, den 25. Juni fand im Rathaus Waders eine Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Zunächst verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung, welches genehmigt wurde. Hierauf wurde Kollege Meyer als Delegierter für unsere Verbandsgeneralversammlung gewählt. Dann wurden die Kollegen Eiters, Luther, Eisfeld als Wahlkommission zu den am 15. Juli vormittags von 8—9 Uhr bei Benger, Zimmer links, stattfindenden Delegiertenwahl bestimmt, zu der auch die Mitgliedsbücher mitzubringen sind. Sodann wurde seitens des Vorstandes eine kräftige Agitation für die am 17. Juli stattfindende Gewerbege richtswahl empfohlen. Nachdem der Vorstande noch einige Ausklärung über die Kreisler die Wahlkommission gegeben, erfolgte um 1½ Uhr Schlüß der Versammlung.

Brand. Am 25. Juli hielt unsere Ortsgruppe eine Generalsammlung ab. Zuerst wurden zwei Protokolle verteilt und von der Versammlung genehmigt. Dann erstattete der Kassierer den Kassenbericht, und wurde derselbe auf Antrag der Delegierten entlastet. Nunmehr sprach Kollege Danner über die Wahl des Kandidaten für die Generalversammlung. Er teilte mit, daß, wie aus dem Organ zu erschien sei, Brand, Eisendorf und Würselen einen Wahlgang bilden und daß diese ein Wahlkomitee zu bilden hätten. Dieses sei geschehen und habe dasselbe am 23. Juni in Eisendorf eine Sitzung abgehalten. In derselben sei die Ortsgruppe Brand mit der Aufführung eines Kandidaten betraut worden. Aus der nunmehr vorgenommenen Wahl ging Kollege Altmann Kort als Kandidat mit Kollege Dionys Bonge als Erzähler hervor. Es wurden nun verschiedene Anträge zur Generalversammlung gestellt und beraten. Ein Antrag, daß die Ortsgruppe den Antrag auf Abänderung des Vertrages mit den Verbandsbeamten stellen sollte, wurde angenommen. Nachdem unter Berücksichtigung noch einiger Erörterungen stattgefunden, wurde die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

Brake-Wilse. (Berichtigung.) In dem Bericht vom 26. Mai ist auf bisher unaufgelistete Weise ein Fehler unterlaufen. Es mag heißen statt: „Sämtliche Forderungen bewilligt.“ Den Arbeitern in unserer Ortsgruppe Weise entgegengestellt und fast alle Wünsche bewilligt.“ Es mag auch an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß jenseits materielle Wünsche

beträgt kamen, die Stärke den Arbeitern bereitwilligst entgegen gekommen ist, daß über den sittlichen Gefüßen der Arbeiterinnen wenig Rechnung getragen und der Antrag oder Wunsch um Gardeinen vor die Stütze der Mädchens Aborte abgeschaut ist.

Brake-Wilse. Unsere Ortsgruppe hielt am 1. Juli die vom Vorsitzenden einberufene Generalversammlung ab; dieselbe war nur mäßig besucht. Kollege Henke eröffnete dieselbe und berichtete über die Zusammensetzung der Delegierten am 24. Juni in Offenbach. Es ist in der Kandidatenfrage insofern eine Einigung erzielt, daß von den Ortsgruppen gemeinsam Kollege Lüdem als Delegierter zur Generalversammlung und Kollege Ottowohl als Erstwähler vorgeschlagen sind, beide aus Gütersloh. Dann wurde noch auf den Artikel in unserem Organ: "Stellung des Beitrags" eingegangen und dies auch vom Vorsitzenden bestätigt, doch hier gingen die Meinungen sehr auseinander. Nachdem der Vorsitzende dann noch einige ernste Worte an die Anwesenden gerichtet, schloß er die Versammlung.

NB. Die Wahl zur Generalversammlung findet am Sonntag, den 15. Juli in unserer Versammlungsstätte "Mühle Krug" statt. Selbige beginnt nachmittags um 5 Uhr. Es haben nur Mitglieder Zutritt. Aber auch alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Ölmen. Unsere Ortsgruppe hielt am 1. Juli ihre monatliche Versammlung ab. Nachdem der Schriftführer das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen, erstattete der Vorsitzende den Parteibericht. Sodann wies derselbe auf die diesjährige Generalversammlung hin. Unter andern bemerkte er, daß es jedem ermöglicht sei, sein Wahlrecht in bequemer Weise zu erledigen. Wahllokal sei Wirtschaft Kautz. Wegen Antsniederelegung mußten einige Neuwahlen stattfinden. Als Kassierrevisor wurde Kollege Anton Jähnert, als Vertrauensmann Kollege Anton Hügel gewählt. Unter Punkt Berichtigungen wurde auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, eine große öffentliche Versammlung abzuhalten, darauf Schluß der Versammlung.

Erlstein. Am 22. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine jährlich stattfindende Versammlung ab. Kollege Schmid eröffnete dieselbe und hielt eine kurze Ansprache, worin er auch die Vorbereitungen zur Wahl am 15. Juli besprach. Darauf erhielt der Schriftführer Kollege Hügel das Wort. Derselbe sprach in einem nachdrücklichen Vortrage über die Bedeutung der Arbeitsorganisation und die schone Zukunft der Solidarität. Wie sehr Kollege Hügel den Mitgliedern aus dem Herzen sprach, bewies, daß er mehrfach von lebhaften Beifall unterbrochen wurde. Wegen unserer Versammlungen immer einen großen Beifall aufzuweisen wie diese und das Interesse der Mitglieder für unsere gute Sache nie erschöpft, dann werden wir immer weitere Fortschritte machen.

Eupen. (Abhängeneinkauf.) Diejenigen Mitglieder unserer Verbände und des katholischen Arbeitervereins, welche sich an dem gemeinsamen Abhängeneinkauf beteiligen wollen, werden erfuhr, ihre Bestellungen sowie die Gelder an folgende Kollegen gelangen zu lassen:

Math. Frisch, Markt 25.

Joh. Höfner, Am Berg 24.

Peter Kremer, Südenstr. 41.

Leo Rieben, Haasstr. 33.

Franz Sanien, Bellmerstr. 20.

Philipp Falckenberg, Malmeyerstr. 50.

Kath. Böhn, Am Berg 20.

Ferner werden in unserem Bureau, Bergkoppelstraße 36, Bezahlungen entgegengenommen. Die Preise der Kohlen betragen: 1a. Kugelkohlen pro Scheitel 79 Pf., 7 Koch Kreitts pro 100 Stück 1,60 Pf.

Forst i. S. Den Mitgliedern unserer Ortsgruppe wird nochmals unsere Kohlen- und Kartoffel-Einkaufsstelle in Erinnerung gebracht. Um jedem Kollegen und jeder Kollegin gerecht zu werden, wollen wir nochmals darauf hinweisen, daß ein jeder, ganz besonders die neu hinzugetretenen Mitglieder, welche sich noch daran beteiligen wollen, spätestens bis zum 15. d. Monats, juf bei den betreffenden Kollegen melden wollen. Der Preis beträgt pro Scheitel 60 Pf. mit Abzug. Allerdings muß der Betrag bis zum 15. d. Monat bezahlt sein. Alle Kollegen, welche keinen Trüngelangeboten mögen ihren Namen Straße und Hausnummer, nebst Angabe der Tschale, auf einen Zettel schreiben und dem Kollegen Hofe, Rothringenstr. 14 oder dem Kollegen Käfer, Gerberstraße 19 abgeben. Die Kohle wird Ende Juli und Anfang August angefahren. Jeder Kollege, welcher an dem Kohlenbezuge teil nimmt, wird mittels einer Postkarte benachrichtigt, wann die Kohle angeliefert wird.

Gronau. Große Erregung hat es unter den heiligen Arbeitern hervorgerufen, daß am 2. Juli der Arbeitgeber Heinrich Lubbenhuis, ein Holländer, gegen die Beistung erhielt innerhalb einiger Stunden das preußische Staatsgebiet als lästiger Ausländer zu verlassen. Nur nach wiederholtem bitten und eingesetzten Drängen wurde ihm innerhalb seines gelagerten Hauses zu packen und jüngste Sachen in Ladung zu bringen. Seiner Familie Lebewohl zu sagen, wurde ihm nicht gestattet; er brachte seine Wohnung nicht verlassen. Die heiligen Arbeiter und Bürger waren den Grund der Androhung nur in der Tätigkeit des R. für die christlichen Gewerkschaften zu finden. Er hat sie eine Stunde Zeit gehabt, in die mit der Polizei oder dem Gerichte in Kontakt gekommen, hat niemals einen Hinweis aus öffentlichen Mitteln erhalten und war bei der Arbeiter- und Bürgerchaft allgemein gefürchtet und bekämpft, so daß kein anderer Grund als der bezeichnete ausdrücklich genannt werden kann. Für R. ist die Zeit um so schwieriger, als er vor einigen Jahren bei einem Unfall seine rechte Hand verloren hat und für einen Frühling passende Arbeit nur schwer zu finden ist. Das Bürgermeisteramt in Gronau befand nachdrücklich, daß die Ausweisung des Lubbenhuis am 3. Uhr 22 Minuten erfolgt sei, während ihm dieselbe um 11 Uhr vormittags angekündigt war. Als Grund wird angegeben, daß R. juf in mehrfacher Beziehung lästig geworden ist. Es er scheint doch unverständlich, daß die Leidenschaft bei Lage der Dinge der die Gründe genauer unterrichtet wird. Das bei den Gronauer Behörden ein klarer Stand gegen die christlichen Gewerkschaftsorganisationen besteht, ist von früheren Sprechern hier bekannt.

Garderoben-Berch. Samstag, den 14. Juli bei H. Bagger, Südermarkt, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Beratung der zu stellenen Anträge an die Verbands-Generalversammlung. Samstag, den 15. Juli, morgens von 8 bis 1 Uhr bei H. Bagger, Südermarkt, zur Generalversammlung bei H. Bagger, Südermarkt, für Berch. Wahl der Delegierten. Wahlergebnis als Ergebnisliste ist festgestellt.

Hannover-Linden. Zu dem Artikel aus Aachen im Nr. 26 der Textilarbeiterzeitung mit dem Motto: "Der größte Lump im ganzen Land ist der Verräter und Denunziant", kann ich mitteilen, daß es auch hier solche Elemente gibt. Bei der großen Textilarbeitertranssperrung d. J. hatte ein Mitglied des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes die Fähigkeit, ohne die Herren Genossen um Erlaubnis zu fragen, auf eine abgestempelte Liste bei Gesinnungsgenossen zu sammeln, damit auch den Arbeitern, welche die Karentzeit im Verbande noch nicht erreicht hatten, eine kleine Unterstützung gezahlt werden konnte. Zwei Genossen vom Verband der Fabrikarbeiter auf Wunsch kann ich die Namen mitteilen) lockten diesen Mann in eine Wirtschaft, und während sich der eine mit ihm unterhielt, holte der andere einen Schuhmacher herbei. Unter großem Menschenauflauf wurde der christliche Gewerkschaften nach der Polizei wache geführt und seine Personale festgestellt. Wer nun erwartet, daß diese Denunzianten aus dem Fabrikarbeiterverbande ausgeschlossen würden wegen dieser Schelte, der täuscht sich. Was für ein Indianergeheul würden die roten Brüder anbieten, wenn von unserer Seite so gehandelt würde? An Gelegenheit fehlt es doch sicherlich nicht, oder geben die "freien" Gewerkschaften keine Listen mehr aus? Wir würden die Kollegen, welche solche Delikte verüben würden, aus dem Verbande ausschließen, wie die Erfahrung gezeigt hat.

Heidenheim. Wie unehelich die Genossen von den "freien" Gewerkschaften gegen uns sind, hat sich in Heidenheim fürsichtig gezeigt. Bei der Württembergischen Kulturmännlichkeit sollte ein Arbeiterausschuß ins Leben gerufen werden. Unsere "freien" genossen zogen zum Vorsitz des Kath. Arbeitervereins, ob dieser Verein nicht geneigt wäre, mit ihnen bei der betreffenden Direktion einen Antrag einzubringen. Dies wurde vom Vorsitz des betreffenden Vereins abgelehnt mit dem Vorbehalt, sie möchten sich an die christliche Gewerkschaft wenden. Unser christlicher Textilarbeiterverband hat sich bereit erklärt, einzutreten, wenn es gilt, für die Arbeiterschaft etwas zu erreichen. Man hielt nun eine gemeinsame Zusammensetzung sowohl eine gemeinsame Versammlung ab. Die Einladung wurde sogar von uns aus gemacht. Die Direktion erklärte, daß sie gewillt sei, den Arbeiterausschuß bald in Kraft treten zu lassen und die nötigen Schritte zur Wahl vorzubereiten. Jetzt steht bei den "freien" alles aus dem Häuschen, sie schreien auf öffentlichen Straßen: jetzt müssen wir behutsam sein, daß wir bei den Wahlen keinen christlichen Organisierten in die Vertretungen hinzubringen. Ja, man hat sogar Versammlungen einberufen und Beschlüsse gefasst, daß diese mit den Christlichen in keiner Weise mehr vorgehen wollen. Wie begrüßen diejenigen Beschlüsse mit Freuden, weil wir sehen, daß diese Leute für die Christlichkeit und Brüderlichkeit eintreten. Wo ist da die Christlichkeit und Brüderlichkeit? Das ist unserer Ansicht nach Feigheit und grobe Dummkopfheit.

Kaufbeuren. Unsere Generalversammlung am 23. Juni war von 30 Mitgliedern besucht. Eindeutig gab der zweite Vorsitzende bekannt, daß der erste Vorsitzende aus familiären Gründen sein Amt niedergelegt habe. Kollege Ledermann erstattete in ausführlicher Weise Bericht über die am 10. Juni in Remscheid stattgefundene Bezirksskonferenz. Darauf wurde per Stimmenzettel die Wahl eines ersten Vorsitzenden getätig. Kollege Hermann Giger wurde mit 26 Stimmen gewählt. Derselbe erklärte, die Stelle für die Zeit bis zum kommenden Jahr anzunehmen. Da unsere bisherige, einzige Vertrauensperson, Kollege Strickel, injährige Verhinderung die mit dieser Stelle verbundenen Funktionen nicht weiter ausüben kann, so müsse eine andere Vertrauensperson gewählt werden. Die Wahl geholtet sich aber schwierig, denn trotz wiederholter Aufforderung wollte ja niemand für diese Position melden. Schließlich erklärten der zweite Vorsitzende, Joachim Käfer, und Kollege Horst Hartmann, daß Amt des Vertrauensleiters bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung vergeben zu wollen, wofür ihnen an dieser Stelle Dank ausgesprochen sei. Sodann wurde genäß Zusicherung des Zentralvorstandes in Nummer 24 des Verbandsorgans auf die Wahl eines Delegierten und eines Erstesmannes zur Verbandsgeneralversammlung außerordentlich gemacht. Für unsere 50 Wahlbezirke waren vorgeschlagen: Verbandskollege Sommer-Kolbendorf als Delegierter und Richter-Günzburg als Erstesmann. Andere Vorschläge wurden nicht gemacht. Beüglich der Wahl selbst ermittelten wir unsere Mitgliedern folgenden Beschluss im Gedächtnis zu behalten: "Die Wahl wird durch Stimmenzettel am Sonntag, den 15. Juli, vormittags von 10 bis 12 Uhr im Lokal zur Südenau getagt." Die Wahlkommission besteht aus den Kollegen Käfer, Richter und Strickel. Jedes Mitglied wird sich an der Wahl beteiligen und an der Stimmabgabe am 15. Juli, vormittags von 10 bis 12 Uhr im Lokal zur Südenau annehmen.

Ösnabrück. In der Versammlung am 1. Juli wurde Kollege Knäpper als Wahldelegierter gewählt. Dann berichtete Kollege Walther über Wahlbewegungen in der Textilbranche hier am Ort. Unter Punkt drei der Tagesordnung wurde einstimmig Kollege Höcher-Hümmer als Kandidat für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung angesetzt. Als Erstesmann wurde unter Vorsitzender Kollege Bölsdorf ausgewählt. Als Wahllokale sind bestimmt: Kirchhof, Süder, Johannisstr. 80, und Kirchhof Hoffmeister in Oerle. Die erzielten wird gewählt am 15. Juli, morgens von 10 bis 12 Uhr. In letzterem nachmittags von 4 bis 5 Uhr. Die Kollegen und Kolleginnen mögen sich zunächst an der Zahl beteiligen. Als Wahlkommission sind für Ösnabrück die Kollegen Jähn, Eickhoff, Berny, Südt. und Blögemann, für Oerle Kollege Südlitz und die Kolleginnen Grethe und Danne gewählt. Nachdem nun hier Kollege Althaus aus Braunschweig über die dortige Wahlbewegung gesprochen und der Kandidat entsprechend zu seiner Aktion ergefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Ronsdorf. In unserer letzten Versammlung der unter neuen Vorsitzenden, Kollege Heinrich, Jahresbericht, leitete, wurde u. a. bestimmt, die Delegiertenwahl am Sonntag, den 15. Juli, morgens von 11 bis 1 Uhr vorzunehmen. (Vorstand: Heinrich Göbel) Die Mitglieder werden gebeten, juf alle an der Wahl zu beteiligen. Die Wahllokale und die gesuchten Bezeichnungen werden denselben durch die Betriebsräte zugegeben. Kollegen! jetzt auch auch hier einer Wahl bewegt!

Sonneberg. Gestern bei einigen Baden in Borsdorf eine Ortsgruppe gegründet wurde, was auch für hier Anregung zur Organisation gegeben. Am 21. Juni kommt dann aus hier eine Versammlung stattfinden, welche gebeten, bevor hier

lege Camps aus Münster referierte in ausführlicher Weise über die Bedeutung und die Notwendigkeit der christlichen Gewerksorganisation. Es ließen sich auch wieder viele Kollegen aufnehmen, so daß jetzt annähernd hundert Verbandsmitglieder vorhanden sind. Nachdem ein prov. Vorstand bestimmt wurde, beschlossen, am 4. Juli in demselben Lokale wieder eine Versammlung abzuhalten. Über die tatsächlichen Verhältnisse wollen wir diesmal noch nichts berichten. Nur sei bemerkt, daß es für die hierigen Textilarbeiter hohe Zeit wird, Mann für Mann unserm Verband beizutreten. Dies wird geschehen, wenn alle Mitglieder die Worte des Kollegen Camps befolgen.

Saffenberg. Am Mittwoch, den 4. Juli fand im Lokale der Witwe Wellendorf wieder eine Versammlung statt, die sehr gut, auch von Kolleginnen besucht war. Der Bezirksvorsitzende Camps besprach nochmals die Aufgaben der christlichen Gewerksvereine und widerlegte auch die Einwände, die von gewisser Seite gefestigt und ausgetreten waren, um die Arbeiter vor der Organisation fernzuhalten. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege Heinrich, Belsenheim fast einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Ferner wurden gewählt zum zweiten Vorstande der Kollege Bernhard Böcker, zum Kassierer Franz Bartmann, zum Schriftführer Anton Ottmann und außerdem weiter in den Vorstand die Kollegin Else Pütte. Alle nahmen die Wahl an. Die einzelnen Vertrauensmänner sollen in den nächsten Tagen vom Vorstand bestimmt werden. 130 Kollegen und Kolleginnen gehören schon unserem Verbande an. Mögen alle treu zusammenhalten und dafür sorgen, daß bald der letzte Textilarbeiter und die letzte Arbeiterin dem Verbande angehört. Unser vorwärts! Söchtern. Unsere Ortsgruppe hielt am 24. Juni eine Versammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem der zweite Vorsitzende, Kollege Danimer, dieselbe eröffnet hatte, legte der Bezirksvorsitzende den Kollegen die verfehlte Handlungswise der Arbeiter von der Firma Meyer in Aachen dar und ermahnte die Anwesenden, immer mit dem Vorstand einstimmig zusammen zu arbeiten. Ein Gemeinanderarbeiten geschehe nur zum Gaudium der Genossen: allerdings seien sich die meisten, welche so handelten, der Tragweite ihres Handelns nicht bewußt. Dam erfolgte eine lebhafte Aussprache über die Vorgänge in Söchtern und versprach man einhellig, für Förderung unseres Verbandes zu wirken. Bei der nun folgenden Ergänzungswahl wurde Kollege Karl Hüppner zum ersten Vorsitzenden, Kollege Johann Heinrichs zum Kassierer und Kollege Joh. Dohmen zum Revisor gewählt. Nach einigen ermunternden Worten schloß der zweite Vorsitzende, Söchtern. Unsere Ortsgruppe hielt am 24. Juni eine Versammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem der zweite Vorsitzende, Kollege Danimer, diejenige eröffnet hatte, welche vom Wahlkomitee vorbereitet worden waren, legte der Vorsitzende die verfehlte Handlungswise der Arbeiter von der Firma Meyer in Aachen dar und ermahnte die Anwesenden, immer mit dem Vorstand einstimmig zusammen zu arbeiten. Ein Gemeinanderarbeiten geschehe nur zum Gaudium der Genossen: allerdings seien sich die meisten, welche so handelten, der Tragweite ihres Handelns nicht bewußt. Dam erfolgte eine lebhafte Aussprache über die Vorgänge in Söchtern und versprach man einhellig, für Förderung unseres Verbandes zu wirken. Bei der nun folgenden Ergänzungswahl wurde Kollege Karl Hüppner zum ersten Vorsitzenden, Kollege Johann Heinrichs zum Kassierer und Kollege Joh. Dohmen zum Revisor gewählt. Nach einigen ermunternden Worten schloß der zweite Vorsitzende, Söchtern.

Süchtern. Unsere Ortsgruppe hielt am 24. Juni eine Versammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Nachdem der zweite Vorsitzende, Kollege Danimer, diejenige eröffnet hatte, welche vom Wahlkomitee vorbereitet worden waren, legte der Vorsitzende die verfehlte Handlungswise der Arbeiter von der Firma Meyer in Aachen dar und ermahnte die Anwesenden, immer mit dem Vorstand einstimmig zusammen zu arbeiten. Ein Gemeinanderarbeiten geschehe nur zum Gaudium der Genossen: allerdings seien sich die meisten, welche so handelten, der Tragweite ihres Handelns nicht bewußt. Dam erfolgte eine lebhafte Aussprache über die Vorgänge in Söchtern und versprach man einhellig, für Förderung unseres Verbandes zu wirken. Bei der nun folgenden Ergänzungswahl wurde Kollege Karl Hüppner zum ersten Vorsitzenden, Kollege Johann Heinrichs zum Kassierer und Kollege Joh. Dohmen zum Revisor gewählt. Nach einigen ermunternden Worten schloß der zweite Vorsitzende, Söchtern.

Südhorn. 15. Juli, 11 Uhr, in der Kriegerhalle. Oberforstbach. 15. Juli, 3½ Uhr, bei Wilhelm Gauer, Generalversammlung. Oberforstbach. 15. Juli, 3½ Uhr, bei Wilhelm Gauer, Generalversammlung und Delegiertenvorwahl. Det. 15. Juli, 11 Uhr, bei Heinrich Kraatz. Rott. 15. Juli, 8 Uhr, bei M. F. Gigg. Schmelz. 14. Juli, 8½ Uhr, im Rath. Geisenhaus. Südborn. 15. Juli, 6 Uhr, bei Adam Kleiner, Generalversammlung. Südborn. 15. Juli, 10½ Uhr, bei Joseph Nöschke. Südborn. 15. Juli, 10½ Uhr, bei Adam Kleiner, Generalversammlung. Südborn. 15. Juli, 11½ Uhr, bei Egidius Hermanns Generalversammlung und Delegiertenvorwahl. Nettendorf. 22. Juli, 11 Uhr, bei F. Lieber, Generalkasse. Nettendorf. 22. Juli, 4 Uhr, bei Joseph Bauer, Brüderstraße, Generalversammlung. Mesum. 15. Juli, 5 Uhr, bei F. Kamp, Generalversammlung. Neuenkirchen. 15. Juli, nachmittags 4–6 Uhr, Fabrik Krause Wv. und Fleding beim Wirten Emil Sörling, Fabrik Kriesten und W. Fiedling u. Söhne beim Wirten Kaulingköppers. Nordhorn. 15. Juli, 10½ Uhr, in der Kriegerhalle. Oberforstbach. 15. Juli, 3½ Uhr, bei Wilhelm Gauer, Generalversammlung und Delegiertenvorwahl. Det. 15. Juli, 11 Uhr, bei Heinrich Kraatz.

M.-Gladbach-Holt. Verein Holt e. G. m. b. H. am Holt. Sonntag, den 22. Juli, nachmittags 5½ Uhr, im Lokale von Wv. Arch. ordentliche Generalversammlung. T. O.: 1) Geschäftsbereich, 2) Bilanzvorlage, 3) Bechifführung über Gewinnverteilung, 4) Neuwahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, 5) Anträge. Anträge der Mitglieder müssen drei Tage vor der Versammlung dem Aufsichtsrat schriftlich eingereicht werden. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Mitglieder hiermit freudlich und dringend eingeladen. Der Aufsichtsrat: (260 Mr.) J. V. Anto. Hillers, Vorsitzender.

An unsere Ortsgruppenvorstände. Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens 29. Juli beim Zentralvorstand eingegangen sein (§ 22). In den Versammlungsberichten werden etwaige Anträge nicht mit veröffentlicht; dieselben werden vielmehr später geändert gegeben. Der Zentralvorstand.

hört, er sei schon weit herum gelommen, daß oben ein Fabrikant seine Arbeiter durch Anschlag an den Pranger stellt, der Reiche nach angibt, was sie verdienen, habe er noch nicht gehört. Das sei ein Missstand und müsse befehligt werden. Daher sei es dringend notwendig, daß sich die Arbeiter einzuschließen und christlich organisiert. Nachdem noch ein weiterer Kollege gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Versammlungskalender.

Altenberg. 14. Juli, 8½ Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Joseph Staninen. 15. Juli, 10–12 Uhr, bei Birker Delegiertenvorwahl.

Borgholz. 17. Juli, 8½ Uhr, in der Rotenburg, Generalversammlung.

Burgwaldniel. 15. Juli, 9–12 Uhr, bei F. Zuer's Delegiertenvorwahl.

Coesfeld. 14. Juli, 8½ Uhr, Rechnungsablage.

Corneliuskuster. 15. Juli, 11 Uhr, bei Dom. Lau.

Distratz. 15. Juli, 10–12 Uhr, bei St. Linden Delegiertenvorwahl.

Dülken. 15. Juli, 8–1 Uhr, bei W. Wien Delegiertenvorwahl.

Egenheim-Wilhelms. 15. Juli, 6 Uhr, bei Schröder.

Erlstein. 15. Juli, 12 Uhr, bei F. Högl, Arbeiterversammlung.

Geldern. 15. Juli, 11 Uhr, bei Heinrich van Deukedom Delegiertenvorwahl.

Gera. 22. Juli, 8 Uhr, in der goldenen Kugel, Neust